

MAZ 6/7. Nov.

Hausaufgaben nicht gemacht

POLITIK Umzug der Borgsdorfer Oberschule: Stadtverordnete kritisieren Verwaltung

Bereits im August nächsten Jahres soll die Borgsdorfer Rosenthaloberschule nach Hohen Neuendorf umziehen. Jetzt hagelt's Kritik angesichts (zu) vieler Unklarheiten.

Von Helge Treichel

HOHEN NEUENDORF | Knapp ein Jahr ist es her, seit der Umzug der Dr.-Hugo-Rosenthal-Oberschule in das Hohen Neuendorfer Gebäude der Roten Schule beschlossen wurde. Als Fachdienstleiterin Christine Mitzlaff am Donnerstagabend im Sozialausschuss den Stand der Vorbereitungen schilderte, brach bei mehreren Stadtverordneten Unverständnis und Ärger aus. Zu viele grundsätzliche Fragen sind angesichts des im Sommer geplanten Umzugs noch unbeantwortet.

Christine Mitzlaff stellte anhand von Grundrissen die Festlegungen zur Raumaufteilung vor, die auf einem Gespräch mit Vertretern der Schulleitung und Elternvertretung beruhen. Danach sollen der Physik- und der Chemieraum im Dachgeschoss angeordnet werden. Dafür ist jedoch in Sachen Brandschutz nicht nur ein erheblicher Aufwand zu treiben, die Räume sind überdies nur für bis zu 24 Schüler zugelassen. Die reguläre Klassenstärke beträgt jedoch bis zu 28 Schüler, er-



Eltern, Lehrer und Schüler waren Gäste der Sitzung, unter ihnen Lothar Christoph, Vorsitzender der Schulkonferenz. FOTO: AUTOR

läuterte die amtierende Schulleiterin Birgit Hein. Und für den WAT-Unterricht (Wissenschaft, Arbeit, Technik) sowie die Lehrküche müsste auf externe Räume zurückgegriffen werden, sagte Christine Mitzlaff. Die Umhüllen im Schulhaus und in der kleinen Sporthalle kosteten dennoch 650 000 Euro.

Die tiefe Unzufriedenheit an der Schule hinsichtlich der angebotenen Lösungen verdeutlichte Birgit Hein. Bereits im März hätten Lehrer, Schüler und Eltern einen gemeinsamen Bedarfskatalog vorgelegt. Wesentliche Punkte seien jedoch nicht berücksichtigt worden. Sie verwies dabei auf den zu kleinen Informatik-Raum sowie das nach

Wie geht's nun weiter?

- **Begehung:** Obgleich allseits der verspätete Zeitpunkt bemängelt wurde, einigten sich die Sozialausschussmitglieder auf eine Begehung der Roten Schule. Treffpunkt ist am Dienstag, 9. November, um 17 Uhr die Ecke Berliner Straße/Rosa-Luxemburg-Straße.
- **Diskussion:** Im Bau- und Umweltausschuss steht der geplante Schulumzug am Donnerstag, 11. November, auf der Tagesordnung (18.30 Uhr, Rathausaal).

dem Umzug vorgesehene und in Hohen Neuendorf politisch gewollte Ganztagskonzept. Diesem widerspreche der Wegfall von WAT-Werkstatt und Lehrküche. Der

„Wenn man uns das wegnimmt, ist das richtig schlimm und für das Ganztagskonzept undenkbar“

Birgit Hein
Schulleiterin

befristen. Als „unter der Gürtellinie“ wertete sie die vom Bürgermeister Klaus-Dieter Hartung (Die Linke) immer wieder gern erzählte Geschichte, wonach er seinen ein Jahr alten Fingerabdruck

an der Dunstabzugshaube wiedergefunden haben will.

„Ich erwarte von der Verwaltung ein Raumkonzept, mit dem an neuen Standort ein ordnungsgemäßer Unterricht möglich ist“, sagte Jutta Lindner und bemängelte fehlende Unterlagen. Die offensichtlichen Verzögerungen kritisierte Norbert Matthes (B 90/Grüne-Matthes). Er forderte „optimale Lernbedingungen“. „Wahnsinnig genervt“ von der verzögerten Arbeit der Verwaltung zeigte sich Fraktionsvorsitzender Christian Goetjes. Spitz merkte er mit Verweis auf die Haushaltsdiskussion für 2011 an, dass nunmehr auch der Entscheidungsspielraum schwindet.

An Zusagen, die Raumbedingungen würden sich mit dem Umzug der Oberschule verbessern, erinnerte Hans-Joachim Guretzki, Fraktionschef des Stadtvereins. Verwundert konstatierte er, dass der Beschluss auf Aussagen basiert, „die offenbar nicht mehr stimmen“. Irritiert zeigte sich Milutin Stefanov (B 90/Grüne): Die angeblich abgestimmte Variante sei der Schule scheinbar nach dem Motto „friss oder stirb“ aufgedrückt worden.

Sein Entsetzen „über die erneute Ignoranz“ der Verwaltung bekundete gestern CDU-Fraktionsvorsitzender Steffen Apelt in einer Stellungnahme. Er forderte den Bürgermeister auf, auch in unangenehmen Belangen zum Prinzip Bürgernähe zu stehen.